

19. Steuerrechtliche Jahresarbeitsstagung Wiesbaden, 06. – 08. Mai 1968

Fortentwicklung des Steuerrechts durch die Rechtsprechung

Präsident des BFH Dr. Wolfgang Mersmann, München

- I. Umgrenzung des Themas
- II. Grundbegriffe der Interpretation
- III. Besonderheiten der Maßnahmegesetze
- IV. Besonderheiten des Steuerrechts
- V. Auslegung der Steuergesetze
 1. Objektive oder subjektive Auslegungsmethode
 2. Auslegungsgrundsätze des Steueranpassungsgesetzes
 3. Auslegung im Rahmen des möglichen Wortsinns
 4. Wirtschaftliche Betrachtungsweise
 5. Beziehungen zwischen Familienmitgliedern sowie zwischen Hauptgesellschafter und Gesellschafter
 6. Verfassungskonforme Auslegung
 7. Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe
 8. Auslegung durch die Verwaltung
- VI. Rechtsfortbildung außerhalb des Gesetzeswortlauts durch Erweiterung des Steuertatbestandes
- VII. Rechtsfortbildung zugunsten des Steuerpflichtigen
- VIII. Änderung einer ständigen Rechtsprechung durch Ausdehnung des Steuertatbestandes
- IX. Rückwirkung der Änderung einer ständigen Rechtsprechung zuungunsten des Steuerpflichtigen

Diskussion

Leiter:

RA Dr. Wartner, München

Die Bewertungsvorschriften des neuen Aktiengesetzes in steuerrechtlicher Sicht

Bundesrichter Dr. Hans Birkholz, München

- I. Sind die aktienrechtlichen Vorschriften als Kodifizierung allgemeingültiger Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung anzusehen?
 1. Die Rechtsgrundlagen
 2. Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
 - a) In handelsrechtlicher Sicht
 - b) In steuerrechtlicher Sicht
- II. Was bedeutet der Grundsatz der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz?

- III. Führt der Grundsatz der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz auch hinsichtlich der Bewertungsvorschriften des neuen Aktiengesetzes zu ihrer Allgemeinverbindlichkeit?
1. Die Anfrage im Deutschen Bundestag
 2. Die Bewertung der Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens
 - a) Wirtschaftsgüter, die nicht der Abnutzung unterliegen
 - b) Wirtschaftsgüter, die der Abnutzung unterliegen
 - c) Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten
 - (i) Die Anschaffungskosten
Anschaffungsnaher Aufwand
Umfang der Anschaffungskosten (Ausklammerung der Gemeinkosten des Anschaffungsbereichs)
 - (ii) Die Herstellungskosten
 - d) Die immateriellen Wirtschaftsgüter
 - e) Aufwendungen für Gründung und Kapitalbeschaffung
 - f) Der Geschäftswert (Firmenwert)
 - g) Die geringwertigen Wirtschaftsgüter
 3. Die Bewertung der Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens
 - a) Das Lifo- oder Fifo-Verfahren
 - b) Der Börsen- oder Marktpreis
 - c) Stichtagswert und steuerlich erstrebter Wert
 - d) Die Bewertung des Vorratsvermögens zum 31. 12. 1967
 4. Wertberichtigung, Rückstellung, Rücklage, Rechnungsabgrenzung
 - a) Die Wertberichtigung
 - b) Die Rückstellung
 - c) Die Rücklage
 - d) Die Rechnungsabgrenzung

Anmerkungen

Diskussion

Leiter:

RA Dr. Brigitte Gast, Köln

Interessante Einzelfragen aus dem Steuerrecht der Kapitalgesellschaften

Rechtsanwalt Dr. Werner Friedrich, Fachanwalt für Steuerrecht, München

- I. Liebhaberei bei Kapitalgesellschaften? — Grundsätzliches zur Einkommensermittlung bei Kapitalgesellschaften
- II. Auswirkungen zu niedriger Verrechnungspreise bei Gewinn- und Verlustausschlussverträgen
 1. Die rechtliche Begründung für die Entscheidung des BFH vom 26. 7. 1967
 2. Die Folgerungen aus dieser Entscheidung des BFH
- III. Schachtelvergünstigung und Gewinn- und Verlustausschluss im Liquidationsstadium
- IV. Schachtelvergünstigung oder Schachtelstrafe
- V. Kapitalherabsetzung als verdeckte Gewinnausschüttung
- VI. Eine neue Variante zum Mantelkauf
- VII. Verluste ausländischer Betriebsstätten bei der Gewerbesteuer
- VIII. Die Abziehbarkeit von Ausgaben in wirtschaftlichem Zusammenhang mit steuerfreien Einnahmen
 1. Doppelbesteuerungsverträge
 2. Steuerfreie Zinsen auf Schuldverschreibungen
 3. Steuerfreie Schachteldividenden
 4. Steuerfreie Einnahmen zur Deckung bestimmter Ausgaben
 5. Die zeitliche Abgrenzung nach dem Veranlagungszeitraum

6. Lösung der Fragen durch Rechtsprechung oder Gesetzgebung?
- Allgemeine Überlegungen
 - Steuerfreie Einnahmen zweckgebunden zur Deckung bestimmter Ausgaben
 - Ausgaben im Zusammenhang mit einer steuerfreien Einkunftsquelle
 - Ausgaben im Zusammenhang mit einzelnen steuerfreien Einnahmen

Anmerkungen

Diskussion

Leiter: RA Herrmann, Köln

Aktuelle Fragen aus dem Körperschaftsteuerrecht

Ministerialrat Dr. Leo Hübl, Bonn

- Einleitung
- Das Organschaftsgesetz
 - Einführung
 - Wirkungen
 - Einkommenseinheit
 - Ausnahmen von der Einkommenseinheit
 - Der vorvertragliche Verlustabzug
 - Das Schachtelprivileg
 - Die Nachsteuer
 - Die Ausgleichszahlungen
 - Die von der Organgesellschaft gezahlte Vermögensteuer, Vermögensabgabe und Aufsichtsratsvergütung
 - Die Voraussetzungen
 - Die finanzielle, wirtschaftliche und organisatorische Eingliederung
 - Der Organträger
 - Der Gewinnabführungsvertrag
- Das Umwandlungssteuergesetz
 - Einführung
 - Der Inhalt des Entwurfs
 - Die ertragsteuerliche Konzeption bei der Umwandlung und Verschmelzung
 - Einzelfragen bei der Umwandlung und Verschmelzung
 - Das Schicksal von steuerfreien Rücklagen der umgewandelten Kapitalgesellschaft
 - Der Verlustabzug
 - Ermittlung und Aufteilung des Übernahmegewinns
 - Ermittlung außerhalb der Bilanz
 - Körperschaftsteuer und Gewerbebeertragsteuer auf den Übertragungsgewinn
 - Die Aufteilung des Übernahmegewinns
 - Die Einbringung von Betrieben, Teilbetrieben und Mitunternehmeranteilen in Kapitalgesellschaften gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten

IV. Schlusswort

Diskussion

Leiter: RA Asseyer, Bochum

Aktuelle Fragen zur Mehrwertsteuer

Ministerialrat Felix Müller, Bonn

- A. Die Materialbeistellung im neuen Umsatzsteuerrecht
- B. Die umsatzsteuerrechtliche Behandlung der Aufsichtsratsvergütungen
 - I. Die Änderung des Umsatzsteuerrechts
 - II. Die Unternehmereigenschaft der Aufsichtsratsmitglieder
 - III. Die Durchführung der Besteuerung
 - 1. Anwendung der allgemeinen Vorschriften des UStG 1967
 - 2. Anwendung der Sonderregelung des § 19 UStG 1967
 - IV. Sonderfälle
- C. Umsatzsteuerfragen der Rechtsanwälte
 - I. Die Besteuerung der Leistungen und des Eigenverbrauchs der Rechtsanwälte
 - II. Die Überwälzung der Steuer auf den Auftraggeber
 - 1. Im Falle der Besteuerung nach den allgemeinen Vorschriften des UStG 1967
 - 2. Im Falle der Besteuerung nach § 19 UStG 1967
 - III. Die Option nach § 19 Abs. 4 UStG 1967
 - IV. Behandlung der vor dem 1. Januar 1968 vereinnahmten Vorschüsse für der Umsatzsteuer unterliegende Leistungen
- D. Die persönlichen Voraussetzungen für die Berechtigung zum Vorsteuerabzug
 - I. Vorbemerkung
 - II. Die Voraussetzungen im Einzelnen
 - 1. Die zum Vorsteuerabzug berechtigten Unternehmer
 - 2. Die nicht zum Vorsteuerabzug berechtigten Unternehmer

Diskussion

Leiter:

RA Dr. Flick, Bonn

Probleme der Vermögensbesteuerung zwischen den Hauptveranlagungen 1966 und 1969

Ministerialrat Dr. Max Rid, München

Einleitung

- I. Überblick über den Stand der Neubewertung des Grundbesitzes zum 1. 1. 1964
 - 1. Voraussichtliche steuerliche Wirksamkeit der neuen Einheitswerte
 - 2. Mindestbewertung
- II. Negative Vorerwerbe bei der Erbschaftsteuer
- III. Einheitsbewertung des Betriebsvermögens
 - 1. Körperschaften
 - a) Anteilsbewertung
 - (i) Ableitung des gemeinen Werts aus Verkäufen
 - (ii) Behandlung stiller Reserven
 - (iii) Verkaufsbedingungen bei Familiengesellschaften
 - b) Verdeckte Stammbeteiligung
 - c) Schachtelvergünstigung bei Kapitalerhöhung
 - d) Schachtelvergünstigung und Verlustübernahme
 - e) Rückstellung für die Pensionszusage an den beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH

2. Einzelfragen
 - a) Rückstellung für Pensionszusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer einer Personengesellschaft
 - b) Einzelfragen aus dem Bereich der Pensionsrückstellungen
 - (i) Verbindung von Renten- und Kapitalleistungen
 - (ii) Anwartschaften auf Waisenrenten
 - c) Bewertung der Vorräte zum 1. 1. 1968 unter Berücksichtigung des § 28 UStG 1967
 - d) Teilwert und Importwarenabschlag
 - e) Rückstellung für Wechselobligo
- IV. Vermögensteuer
 1. Berichtigung auf Grund neuer Tatsachen von einigem Gewicht
 2. Pauschalierung nach §9 Abs. 4 VStG unter Berücksichtigung der Vergünstigungen nach dem Entwicklungshilfe-Steuergesetz
 3. Verfassungsmäßigkeit der Zusammenveranlagung

Diskussion

Leiter:

RA Dr. Kapp, Hannover

Auslandsbeziehungen aus der Sicht der steuerlichen Betriebsprüfung

Finanzpräsident Johannes Schröder, Bonn

Einleitung

- I. Die Buchführungspflicht bei Betriebsstätten im In- und Ausland
 1. Die Buchführungspflicht inländischer Betriebsstätten ausländischer Unternehmen
 2. Die Buchführungspflicht deutscher Unternehmen für ihre Betriebsstätten im Ausland
- II. Praktische Fälle der Besteuerung von Auslandsbeziehungen
 1. Gewinnverlagerungen in das Ausland durch Übertragung von Warenzeichen
 2. Gründung einer Holdinggesellschaft in einem „Steueroasenland“ und Übertragung von Schutzrechten auf diese Gesellschaft (Gewinnvertrag in das Ausland)
 3. Holdinggesellschaften inländischer Unternehmen im Ausland
 4. Unentgeltliche Überlassung von Absatzmärkten einer inländischen Kapitalgesellschaft an neu gegründete Schwesterngesellschaften im Ausland
 5. Verdeckte Gewinnausschüttungen bei Kapitalgesellschaften, die als Tochterunternehmen ausländischer Konzerne nur Verluste oder geringfügige Gewinne erzielen
 6. Anforderungen an den Nachweis bei Regiekosten und Lizenzgebühren
 7. Zahlungen an ausländische Tochtergesellschaften, die als nachträgliche Provisionszahlungen bezeichnet werden
 8. Der Oasenerlass und seine Anordnung in der Praxis; hier: Vermögens- und Gewinnverlagerung auf eine Basisgesellschaft in einem sog. Oasenland
 9. Beispiele für eine steuerlich nicht anzuerkennende Steuergutverlagerung in ein sog. Oasenland
 10. Gewinnrealisierung bei Lieferung eines inländischen Unternehmens an eine Betriebsstätte im Ausland
 11. Auswirkung der Anwendung des § 6 StAnpG
 12. Gewinnverlagerung durch Gründung von Vertriebsgesellschaften
 13. Preisgestaltung zwischen Konzerngesellschaften
 14. Verzinsung von Forderungen inländischer Unternehmen an ihre ausländischen Tochtergesellschaften

Diskussion

Leiter:

RA Dr. Heining

Aktuelle Probleme der Finanzpolitik einschließlich der Finanzreform

Ministerialdirektor Dr. Horst Vogel, Bonn

- I. Die steigende Bedeutung der Finanzpolitik für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung
- II. Die längerfristige Orientierung der öffentlichen Finanzen in der Bundesrepublik
 1. Die mehrjährige Finanzplanung des Bundes
 2. Der Zielkonflikt zwischen der Notwendigkeit der Sanierung der Bundesfinanzen und den aktuellen konjunkturpolitischen Erfordernissen 1967
 3. Finanzpolitische Probleme bei der ersten Fortschreibung der Finanzplanung
- III. Strukturpolitik und Finanzpolitik
 1. Zusammenhang zwischen Strukturpolitik, Konjunkturpolitik und Wachstumspolitik
 2. Sektorale Strukturpolitik
 - a) Allgemeine Förderung des Strukturwandels
 - b) Besondere Förderungsmaßnahmen
 3. Regionale Strukturpolitik
 - a) Finanzieller Umfang und Schwerpunkte in der BRD
 - b) Notwendigkeit regionaler Förderungsmaßnahmen
 - c) Grundsätze für Maßnahmen der regionalen Strukturpolitik
 - d) Koordinierung der regionalen Strukturpolitik
- IV. öffentliche Finanzen im Dienst der Konjunktursteuerung
 1. Konjunkturpolitische Globalsteuerung durch finanzpolitische Maßnahmen
 2. Rechtliche und institutionelle Voraussetzungen
 - a) Das konjunkturpolitische Instrumentarium der Finanzpolitik
 - b) Wirksame Koordinierung der antizyklischen Finanzpolitik im föderativen Staatswesen
 - c) Die Verbesserung der konjunkturdiagnostischen und prognostischen Methoden und Entscheidungshilfen
 3. Die antizyklische Haushaltspolitik in der BRD
 4. Besondere Probleme der Konjunktursteuerung mit finanzpolitischen Mitteln
 - a) Die Möglichkeiten der antizyklischen Finanzpolitik bestehen nicht unbegrenzt
 - b) Deshalb ist das konjunkturpolitische Zusammenwirken aller Bereiche der Wirtschaftspolitik notwendig
- V. Das Programm der Bundesregierung zur Finanzreform, insbesondere die Gemeindefinanzreform
 1. Sicherung der föderativen Grundordnung durch Zusammenarbeit
 2. Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern
 3. Finanzhilfen des Bundes zu Investitionen der Länder und Gemeinden
 4. Neuverteilung der Steuern
 5. Ziele der Gemeindefinanzreform
 - a) Verstärkung der Gemeindefinanzmasse
 - b) Verbesserung des Gemeindesteuersystems
 - (i) Ausmaß der Gewerbebesteuerung
 - (ii) Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer
 - (iii) Anpassung des kommunalen Finanzausgleichs
 - (iv) Aufteilung nach der Statistik
 - (v) Gemeindeeinkommensteuer mit beweglichen Hebesätzen
 - (vi) Deckung des Einnahmeausfalls im Staatshaushalt und Übergangsregelung in Form einer Gewerbesteuerumlage
- VI. Finanzpolitische Probleme in europäischer Sicht
 1. Notwendigkeit einer internationalen Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik
 2. Für die Finanzpolitik ergeben sich hieraus u. a. folgende Aufgaben

Steuerrecht und Wirtschaftslenkung – Ein Überblick

Prof. Dr. Klaus Vogel, Heidelberg

- I. Bedeutung der Fragestellung
- II. Steuerrecht und Wirtschaftslenkung nach bisherigem Verfassungsrecht
- III. Der Einfluss des Stabilitätsgesetzes und des neuen Art. 109 GG
- IV. Der Rechtsschutz gegenüber wirtschaftslenkenden Maßnahmen der Steuerverwaltung

